



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 18.05.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Ev. Kinder- und Familienzentrum Kindertages-
heimat
- mündlicher Bericht

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Herr **Buchholz** (evangelische Kirche) und Frau **Vogel** (Evangelisches Kinder- und Familienzentrum Kindertagesheimat) stellen anhand einer Beamerpräsentation das Evangelische Kinder- und Familienzentrum Kindertagesheimat vor. An die anwesenden BSS-Mitglieder wird der Vortrag in Papierform ausgeteilt.

Im Anschluss an den Vortrag folgt eine Aussprache innerhalb des Gremiums. Dabei bedanken sich die Gremienmitglieder für den abgegebenen Bericht.

Fragen aus dem Gremium insbesondere zum Personalschlüssel, zur Nachfrage nach Plätzen für die U3-jährigen, zu den standardisierten Entwicklungsgesprächen und zur Anzahl der Eltern die man mit den Bildungsangeboten erreicht, werden von Frau **Vogel** beantwortet.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt weist EBM **Seigfried** auf den an das Gremium verteilten Jahresbericht 2009 – Städtische Kindertageseinrichtungen hin.

Auf Bitte von Stadträtin **Kopf** sagt EBM **Seigfried** zu, dass dieser Bericht im Beirat Kinder, Jugend und Soziales behandelt wird.

Beratungsverlauf:

Frau **Schaupp** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt anhand einer Beamerpräsentation zur Betreuung für Kinder unter drei Jahren die Auswertung der Elternumfrage auf Basis der Wartelisten dar.

Ergänzend weist EBM **Seigfried** darauf hin, man müsse bei der Abfrage berücksichtigen, dass es hier um eine Auswertung der Wartelisten handle. Die 239 zusätzlich benötigten Plätze entsprechen der aktuell vorliegenden Nachfrage für die nächsten beiden Kindergartenjahre. Weiter merkt er insbesondere an, die Verwaltung müsse die Ergebnisse nun für die Fortschreibung des Ausbaus der U3-Betreuung aufarbeiten. Er sagt zu, dass die Auswertung dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werde.

Es folgt dann eine Aussprache innerhalb des Gremiums über die vorgestellte Auswertung.

Fragen aus dem Gremium insbesondere zum Vorgehen bei der Befragung, zu den Wartelisten und zum Anmeldeverfahren werden von Frau **Schaupp** und EBM **Seigfried** beantwortet.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert** sagt EBM **Seigfried** einen Bericht von Frau Schaupp im BSS zum Thema bedarfsorientierte Beratung zu.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 218/10 und geht kurz darauf ein. Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Leiterin der Hausaufgabenbetreuung Frau Henssler-Wolf.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) macht ergänzende Ausführungen zur Vorlage und spricht insbesondere die personellen Änderungen an.

Im Anschluss daran geht Frau **Henssler-Wolf** kurz auf ihre Arbeit bei der Hausaufgabenbetreuung ein.

Anschließend folgt eine Aussprache innerhalb des Gremiums im Rahmen derer sich die Mitglieder bei Frau Henssler-Wolf für ihre Arbeit bedanken.

Stadträtin **Kopf** stellt außerdem fest, dass die Hausaufgabenhilfe bisher ehrenamtlich war und nun in die Verwaltung verlagert werde. Sie erkundigt sich nach den Gründen.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass die Mitarbeiter der Hausaufgabenhilfe 7,67 Euro pro Förderstunde erhalten und es sich hier nicht um ein Ehrenamt handle.

Stadtrat **Kirnbauer** erklärt, die FW-Fraktion sei damit einverstanden, dass die Organisation nun hauptamtlich geleitet werde.

Fragen aus dem Gremium zur Weiterbildung der Betreuer und Betreuerinnen, zur Gruppengröße und zu den Fortbildungsveranstaltungen werden von Frau **Henssler-Wolf** beantwortet. Sie weist darauf hin, dass die Hausaufgabenbetreuung Sprachförderung beinhaltet.

Die Frage von Stadtrat **Kromer**, ob Frau Piepkorn für die Übernahme der Hausaufgabenbetreuung noch Kapazitäten hat, merkt Herr **Fröhlich** an, die Stelle von Frau Piepkorn werde auf 0,75 aufgestockt.

Auf Nachfrage von Stadtrat **J. Heer** erklärt Herr **Fröhlich**, dass die Förderschulen von der Hausaufgabenbetreuung nie ausgenommen waren.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** fest, der Bericht ist erfolgt. Der Teil Hausaufgabenbetreuung aus dem Antrag der LUBU-Stadträtinnen, Vorl.Nr. 653/08 ist mit diesem Bericht Vorl.Nr. 218/10 erledigt.

TOP 3.1	Stand der Vernetzung von Kindergärten und Schulen in Ludwigsburg - Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Kainz (LUBU) vom 23.11.2008	Vorl.Nr. 653/08
---------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

Beratungsverlauf:

Der Teil Hausaufgabenbetreuung aus dem Antrag der LUBU-Stadträtinnen, Vorl.Nr. 653/08 ist mit dem Bericht Vorl.Nr. 218/10 erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3, Vorl.Nr. 218/10.

TOP 4	Ferienbetreuungsangebote für Ludwigsburger Schülerinnen und Schüler	Vorl.Nr. 086/10
-------	----------------------------------------------------------------------------	------------------------

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 086/10.

Es folgt dann eine kurze Aussprache innerhalb des Gremiums, wobei sich das Gremium für den vorliegenden Bericht bedankt.

Stadtrat **Meyer** merkt im Rahmen der Beratung insbesondere an, aus Sicht der CDU-Fraktion könne man feststellen, dass ein attraktives Angebot vorhanden ist.

Zur Vorlage merkt Stadtrat **von Stackelberg** an, die Kostengegenüberstellung sei hilfreich.

Stadträtin **Klett-Heuchert** stellt fest, die vielfältigen Angebote seien wichtig. Dass es eine Harmonisierung der Beiträge geben müsse sei eventuell Sache der Stadt.

Stadtrat **J. Heer** merkt an, es sei unverständlich, dass der Anspruch erhoben werde, dass Ferienbetreuung kostenlos sein müsse und Aufgabe der Stadt sei.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 190/10.

Für die CDU-Fraktion bittet Stadtrat **Meyer** die Verwaltung um Beantwortung von folgenden Fragen:

- weshalb soll im Mai 2010 die Zustimmung über eine zweijährige Förderung in Höhe von 10.000,-- Euro erfolgen.
- weshalb erfolgt eine Doppelförderung; Förderung durch die Bürgerstiftung und über den Fonds
- es wird um eine Aussage zu den Sachkosten in Höhe von 20.000,-- Euro gebeten
- mittelfristig sollte möchte man im Rahmen des Jahresberichts über den Fonds „Jugend, Bildung, Zukunft“ eine Übersicht erhalten, mit welchen Partnern zusammengearbeitet wird.

Stadtrat **von Stackelberg** merkt an, die SPD-Fraktion habe sich auch diese Fragen gestellt und er bittet zusätzlich um eine genauere Aufstellung der entstehenden Kosten.

EBM **Seigfried** erklärt, wenn von Seiten des Gremiums noch erheblicher Informationsbedarf bestehe, so könne dies die Verwaltung in der heutigen Sitzung nicht beantworten. Er schlägt vor, die Vorlage auf die nächst Sitzung des BSS zurückzustellen.

Die Stadträte **von Stackelberg** und **Glasbrenner** sprechen sich für die Zurückstellung der Vorlage aus.

Stadträtin **Steinwand** stellt fest, dass hier dem AWO-Migrationsdienst Arbeit abgenommen werde. Dieser müsste sich deshalb stärker finanziell beteiligen.

Die Frage von Stadtrat **Dr. Vierling**, ob die Förderung mit den Richtlinien des Fonds übereinstimme, wird von Herrn **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) bejaht.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** fest, die Entscheidung über die Vorl.Nr. 190/10 wird auf die nächste Sitzung des BSS am 16.06.2010 zurückgestellt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 171/10 und auf die Vorstellung im Integrationsbeirat.

Anschließend stellen Herr **Henning** und Frau **Berner** (beide FB Bürgerschaftliches Engagement) das Projekt vor und gehen dabei insbesondere auf die Ziele und die Umsetzung ein.

Frau **Berner** zählt außerdem kurz die Vereine auf, die bei dem Projekt mitmachen.

Zur Finanzierung merkt Herr **Henning** an, das Projekt koste die Stadt Ludwigsburg keine zusätzlichen Mittel, ausgenommen die Arbeitszeit von Herrn Gueye und die Räumlichkeiten die zur Verfügung gestellt werden.

Es folgt danach eine kurze Aussprache innerhalb des Gremiums. Dabei geht Stadtrat **Kromer** in diesem Zusammenhang auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ein und wirft die Frage auf, ob das „learning by doing“ nachhaltig umgesetzt werden könne oder wolle und ob die Effizienz des finanziellen Aufwands dem Ziel gerecht werde. Weiter stellt er fest, die Ziele des Projekts seien für die CDU-Fraktion nachvollziehbar. Er verlangt die Evaluation der Teilnehmer, d.h. wie viele an den einzelnen Seminaren teilnehmen und was dabei heraus komme.

Stadtrat **von Stackelberg** spricht in seinen Ausführungen davon, dass diese Prozesse wichtig seien und GE(H)FIT eine gute Aktion sei. Er bemängelt, dass die Liste der teilnehmenden Vereine nicht wie im Integrationsbeirat vorgelegt wurde.

Stadtrat **Weiss** stellt fest, die Vorlage sei gut und es sei wichtig, im Rahmen der Integration ein solches Projekt zu machen. Das Projekt sollte jedoch nachhaltig sein. Weiter merkt er an, er vermisste die Teilnahme der türkischen Sportvereine und er spricht das Thema Integration im Rahmen des Sports an. Grundsätzlich sei die FW-Fraktion für das Projekt.

Stadtrat **J. Heer** merkt insbesondere an, es handle sich hier um ein gutes Projekt und weist darauf hin, dass man aber auch den Willen zur Dialogbereitschaft benötige.

Stadträtin **Lange** schließt sich den Aussagen von Stadtrat von Stackelberg an und betont, dass die Nachhaltigkeit wichtig sei.

EBM **Seigfried** führt aus, man sollte die Chancen nutzen, die man habe. Er weist darauf hin, dass die Stadt keine zusätzlichen Steuergelder in die Hand nehme, vielmehr habe man Gelder, die der Bund ausgibt nach Ludwigsburg geholt.

Aufgrund verschiedener Aussagen aus dem Gremium geht er kurz auf das Thema Wunsch von Migrantenvereine auf Aufnahme in den Stadtverband für Sport ein.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 053/10, die anschließend von Frau **Selig** (FB Bürgerschaftliches Engagement) erläutert wird. In ihren Erläuterungen geht Frau Selig insbesondere auf die aktuellen Schwerpunkte und auf das Thema übermäßiger Alkoholkonsum bei Jugendlichen ein. Zum Abschluss verweist sie auf die an das Gremium ausgeteilten Flyer zu den Themen „Jugendliche und Alkohol“ und Jugendliche und Sexualität“.

Im Anschluss erfolgt eine kurze Aussprache innerhalb des Gremiums. Das Gremium bedankt sich dabei für den vorgelegten Bericht und die engagierte Arbeit.

Abschließend beantwortet Frau **Selig** Fragen aus dem Gremium. Sie führt aus, dass die Polizei in den Stadtteilen nur tagsüber präsent sei und sie weist darauf hin, in der städtischen Polizeiverordnung sei ein Alkoholverbot auf den Spielplätzen enthalten. Den Mitgliedern des Gemeinderats bietet sie an, bei Interesse einen Workshop zum Thema Zivilcourage durchzuführen.